

Unterrichtsfach «Religiöse Phänomene»

Bildungspolitische Kurznachrichten

Wissenschaftsrat

Der Wissenschaftsrat plädiert bei der tertiären Bildung sowohl für einen breiten Zugang – und für bessere Stipendien nach einem gesamtschweizerischen System – als auch für die Förderung besonders Talentierter während des Studiums und in der Forscherlaufbahn.

Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK)

Die Regionalkonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein (EDK-Ost) hat einen gemeinsamen Lehrplan für den Englischunterricht beschlossen.

Universitäten

Genf

Aus Finanzgründen hat das Rektorat das Umweltinstitut auf Eis gelegt. Das Institut hätte im Herbst 2007 eröffnet werden sollen.

Luzern

Die Uni Luzern hat als erste Universität der Schweiz zweisprachige Masterdiplome vergeben.

*

Neu bietet die Uni Luzern ein Studium in Politikwissenschaft an. Die Geisteswissenschaftliche Fakultät hat das Angebot an Masterstudiengängen erweitert.

*

Rund 480 Erstsemestrige beginnen das Wintersemester 2006/2007 an der Universität Luzern. Die Gesamtzahl der Studierenden im Grundstudium steigt gegenüber dem Vorjahr von 1581 auf 1900 im Grundstudium.

Zürich

An der Universität wurde die Fachstelle Latein eingerichtet, um Studenten und Dozenten zu helfen, die sich mit lateinischen Quellentexten aus dem Mittelalter abmühen. Die Stelle ist zunächst auf ein Jahr befristet.

*

Im Wintersemester 2006/2007 steigt die Zahl der Studierenden erstmals über 24000. Der Anteil der Studentinnen liegt nun bei 55 Prozent.

*

An der philosophischen, der rechtswissenschaftlichen und der theologischen Fakultät wird ab

Herbst 2006 auch nach dem Bologna-System studiert. Das Medizinstudium wird erst in einem Jahr auf dieses System wechseln.

Eidgenössische Technische Hochschulen

ETH Zürich

Die Schulleitung der ETH Zürich hat frühere Beschlüsse zum Reformprojekt «ETH 2020» aufgehoben und besonders die von der Professorenschaft bekämpfte Veränderung der Strukturen gestoppt, die auf eine Stärkung und Zentralisierung der Führung hinauslief. Bemängelt wird u.a., dass dem Reformprozess keine Problemanalyse und keine klare Zielsetzung zugrunde lägen.

Fort- und Weiterbildung

Der Zürcher Regierungsrat will nur noch für die berufsorientierte Weiterbildung verantwortlich sein und die allgemeine Weiterbildung grundsätzlich nicht mehr fördern. Dies sieht der Entwurf des neuen Berufsbildungsgesetzes vor. Darin wird auch das Brückenangebot für arbeitslose Jugendliche neu organisiert, für das die Gemeinden zuständig sind. Die Elternbeiträge werden auf maximal 3000 Franken pro Jahr festgelegt. Die Differenz zu den Kosten für die Gemeinden gleicht vor allem der Kanton aus.

Fachhochschulen

An der Zürcher Hochschule Winterthur sind für das Wintersemester 2006/2007 3394 Studierende eingeschrieben, was eine neue Höchstmarke bedeutet.

Pädagogische Hochschulen

An der Pädagogischen Hochschule Zürich beginnt der erste Studiengang mit Master-Abschluss für künftige Lehrpersonen der Sekundarstufe 1.

Mittelschulen

Schwyz

Beim Aufnahmeverfahren für die Mittelschulen entfällt künftig die Empfehlungsnote, die das Arbeits- und Sozialverhalten beurteilt. Neu müssen die Schüler ein Bewerbungsschreiben einreichen, worin sie über ihre persönliche Motivation Auskunft geben.

Zürich

Im Zuge einer Reform der Aufnahmeprüfung will die Bildungsdirektion des Kantons Zürich die Prüfung ins Langzeitgymnasium um einen «fachfreien, sprachneutralen Potenzialtest» erweitern. Sie startet dazu im Frühling 2008 eine Versuchsphase. Die neue Aufnahmeprüfung soll so gestaltet werden, dass für die Lösung die Begabung eine grössere Rolle spielt als automatisierte Fähigkeiten.

Volksschulen

Die Arbeiten für einen gemeinsamen Lehrplan der deutschsprachigen Volksschule werden kommenden Dezember aufgenommen. 2011 soll der neue Lehrplan eingeführt werden. Alle deutsch- und mehrsprachigen Kantone beteiligen sich an diesem Vorhaben.

*

Die Schulpräsidentenkonferenz der Stadt Zürich beschliesst, dass die Schulzeit künftig grundsätzlich aus der Unterrichtszeit und der Betreuungszeit bestehen und in der Regel von 7 bis 18 Uhr dauern soll.

*

Der Kanton Zürich will die Sonderpädagogik neu regeln. Den Fokus richtet er auf schulschwache Kinder. Die Förderung hochbegabter Kinder überlässt er den Gemeinden.

*

Im Kanton Luzern werden ab Sommer 2007 wieder Noten ab der dritten Klasse eingeführt. Betroffen sind 45 Prozent aller Schulen, die sich am Projekt «Schulen ohne Noten» beteiligt haben.

*

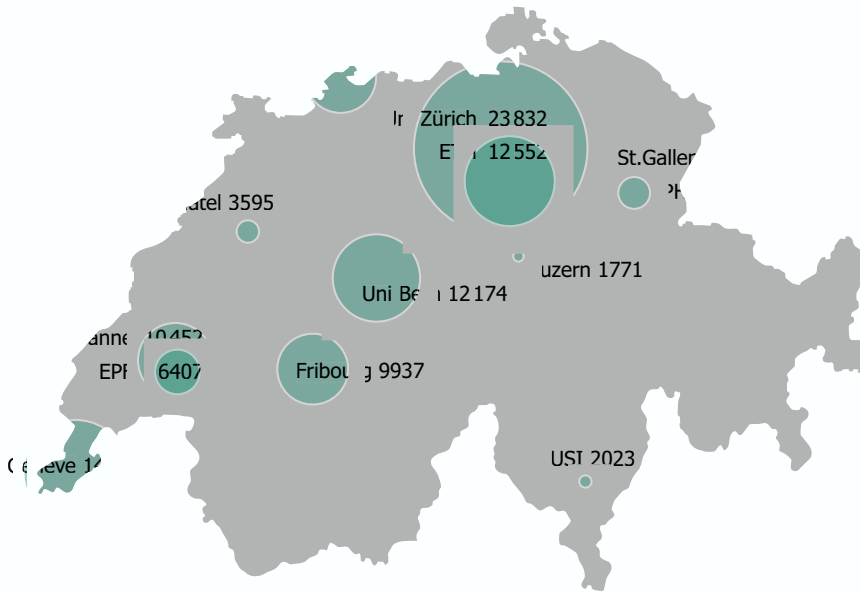
In Basel wird erstmals in der Schweiz ein Versuch mit der Schuluniform durchgeführt. Man erhofft sich dadurch eine bessere Lernatmosphäre und eine Besinnung auf echte Individualität.

*

Genfer Schulexperten, die sich im Auftrag des Erziehungsdepartements Gedanken über die Neugestaltung der Orientierungsstufe (6.–9. Schuljahr) machen mussten, stellen ein Lateinobligatorium im 7. Schuljahr zur Diskussion. Anstelle des längst abgeschafften Religionsunterrichtes wird ein Unterricht über «religiöse Phänomene» gefordert. Dahinter steckt die

Universitäten in der Schweiz – 112 309 Studierende 2005

Alle immatrikulierten Studierenden (inkl. Nachdiplomstudierende und Doktorierende)



Erkenntnis, dass ohne zumindest rudimentäre Kenntnisse der Religionen die gesellschaftliche Realität nicht verstanden werden kann.

Berufsbildung

In Amriswil TG ist die erste gemeinsame Grundausbildung der Ostschweizer Polizeischule gestartet. Es ist der Auftakt zu einer harmonisierten und anerkannten Polizistenausbildung in der ganzen Schweiz. Ab September 2007 wird in Hitzkirch LU die Polizeischule für 13 Korps der Zentral- und Nordwestschweiz eröffnet. Zwei weitere Schulen sind im Tessin und in der Westschweiz geplant.

Ausbildungsfinanzierung

Der Studenten-Dachverband VSS drängt auf eine baldige Harmonisierung und Erhöhung der kantonalen Stipendien. Die Bologna-Studienreform vergrößere sonst die soziale Chancengleichheit.

Arbeitsmarkt

Die Zahl der angebotenen Lehrstellen stieg 2006 im Vorjahresvergleich um 1500 auf 77 500 Stellen.

Verbände, Organisationen, Institutionen

Die FDP konkretisiert ihre Forderungen für eine leistungsorientierte Schule. Verlangt werden u.a. eine Senkung des Schuleintrittsalters (Kindergarten oder Eingangsstufe mit vier Jahren), möglichst frühen Fremdsprachenunterricht

sowie die Wiedereinführung von Noten, die sich auf ein national einheitliches Leistungsziel beziehen. Besonders begabten Kindern soll ermöglicht werden, die obligatorische Schulzeit schneller zu durchlaufen. Daneben werden mehr Investitionen verlangt in Lehrpersonal und Bildungsvermittlung sowie die Errichtung von Tagesstrukturen.

Die Gewerkschaft Unia und die Stiftung Ecap Schweiz vereinbarten eine Zusammenarbeit, um mit einem besseren Zugang zu systematischer Weiterbildung die Qualifikation und die Integrationschancen ausländischer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu erhöhen.

Verschiedenes

Die Schweizer Privatschulen können sich ihre Seriosität künftig in einem Register bescheinigen lassen, das von einer neu gegründeten Stiftung von Wirtschafts- und Privatschulverbänden geführt wird.

Der Bundesrat will die Ausgaben für Bildung und Forschung jährlich um 6 statt um 4,5 Prozent erhöhen und in der Berufsbildung auf eine Gesetzesrevision verzichten. Das Parlament wird das Vierjahresprogramm 2008–2011 Anfang 2007 ans Parlament verabschieden.

Volksentscheide

Die Stimmbevölkerung des Kantons Schaffhausen stimmt dem kantonalen Einführungsgesetz

zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz zu. Die SP, Ökoliberalen und Alternative Liste haben die Vorlage bekämpft.

Mit einer Mehrheit von 76 Prozent haben die Genfer Stimmbürger eine Initiative für die Wiedereinführung von Schulnoten auf der Grundstufe angenommen. Sie fordert nicht nur, dass schriftliche Prüfungen systematisch benotet werden, auch die Versetzung der Schüler am Jahresende darf nicht mehr automatisch erfolgen. Ein Gegenvorschlag des Parlamentes wurde auch angenommen, jedoch bloss mit 58 Prozent der Stimmen.

Publikationen

In der Ausgabe 2006 von «Bildung auf einen Blick» präsentiert die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die jüngsten verfügbaren Zahlen über die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme im internationalen Vergleich. Die Publikation gibt Aufschluss über die Ergebnisse und die Wirksamkeit des Bildungssystems in Form von Bildungsabschlüssen und Kompetenzen, aber auch in Bezug auf die Integration in das Erwerbsleben.

Internationale Nachrichten

Deutschland

Bundespräsident Köhler wirft dem deutschen Bildungswesen mangelnde internationale Konkurrenzfähigkeit vor. Er fordert die Politik auf, auch finanziell eine klare Priorität zugunsten der Bildung zu setzen.

Griechenland

Wochenlange Streiks der Lehrer, Besetzungen von Schulen durch Schüler und Proteste von Hochschulprofessoren weisen auf eine tiefe Krise im Bildungswesen hin. Geht es den einen um höhere Löhne, kämpfen die anderen für tiefere Ausbildungskosten. Die Professoren lehnen sich gegen die Hochschulreform der Regierung auf.

Abgeschlossen: 1. November 2006 Walter E. Laetsch